



Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV)
Dezernat 41 – Planfeststellung

Öffentliche Bekanntmachung der Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme
gemäß § 23 Abs. 4 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG)
– Freistellung eines Flurstücks in der Gemarkung Hildesheim von
Bahnbetriebszwecken –

Nachstehend wird die Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß § 23 Abs. 4 AEG, in der zum Zeitpunkt der Verwaltungsentscheidung gültigen Fassung, öffentlich bekannt gegeben.

Die Stadt Hildesheim hat mit Schreiben vom 22.08.2024 bei der NLStBV die Freistellung von Bahnbetriebszwecken gemäß § 23 Abs. 2 AEG beantragt.

Der Antrag betrifft das nachfolgende Flurstück in der Gemarkung Hildesheim der Gemeinde Hildesheim im Landkreis Hildesheim:

Gemarkung	Flur	Flurstück	Größe in m ²
Hildesheim	80	33/36	36.422

Hiermit werden gemäß § 23 Abs. 4 AEG die Eisenbahnverkehrsunternehmen, die nach § 1 Abs. 2 des Regionalisierungsgesetzes bestimmten Stellen, die zuständigen Träger der Landesplanung und Regionalplanung, kommunale Verkehrsunternehmen, die betroffenen Gemeinden sowie Eisenbahninfrastrukturunternehmen, soweit deren Eisenbahninfrastruktur an die vom Antrag betroffene Eisenbahninfrastruktur anschließt, zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Die Antragsunterlagen können bei der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Dezernat 41 – Planfeststellung, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover, nach vorheriger Absprache (E-Mail: Anika.Funk@nlstbv.niedersachsen.de, Telefon: 0511/ 3034-5103) eingesehen werden. Auf Wunsch können die Unterlagen auch digital übermittelt werden.

Mit der Stellungnahme besteht die Gelegenheit, Anregungen und Bedenken, die für oder gegen die Freistellung von Bahnbetriebszwecken der genannten Flurstücke sprechen, vorzutragen.

Die Stellungnahme ist der NLStBV innerhalb einer Frist von **drei Monaten**, beginnend am Tag der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an, schriftlich an die oben genannte Adresse zu übermitteln.

Nach Ablauf der genannten Frist werde ich über den gestellten Antrag unter Einbeziehung der eingegangenen Stellungnahmen entscheiden.

Hannover, den 26.09.2024

NLStBV - Planfeststellungsbehörde -

4152-30224-168

Im Auftrage

Anika Funk